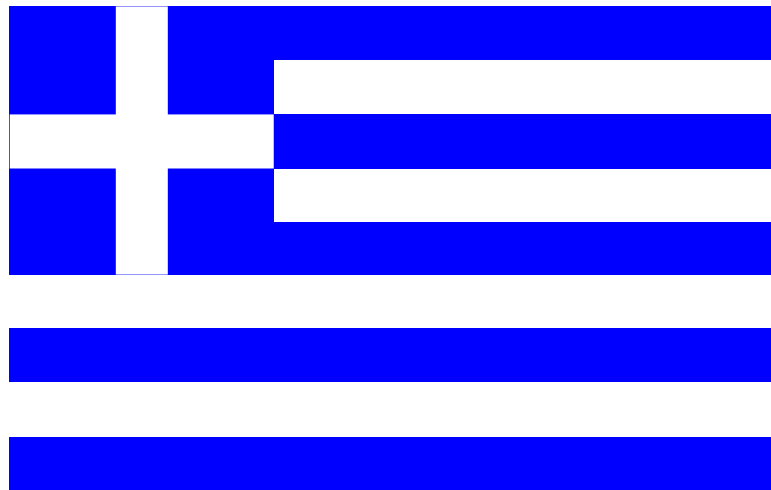


# **Der Beitritt Griechenlands in die Europäische Union**

## **- geschichtliche Hintergründe und Zukunftsperspektiven -**

von Susanne Knapp 13I



**Inhalt:**

1. Seite:

- Daten über Griechenland
- Staat und Recht
- Bevölkerung

2. Seite:

- Wirtschaft und Verkehr
- Die Geschichte nach dem 2. Weltkrieg

3. Seite:

- Der demokratische Staat (seit 1974)

4. Seite:

- Der Beitritt in die EU
- Gründe für die EG-Süderweiterung

5. Seite:

- Geplanter Beitritt in die Währungsunion
- Graphik
- Starkes Wirtschaftswachstum

6. Seite:

- Anhang: Quellen und verwendete Literatur



**Fläche:** 131990 km<sup>2</sup>

**Einwohner:** (1995)10,451 Mio.

**Hauptstadt:** Athen

**Verwaltungsgliederung:** 13 Regionen, Mönchsrepublik Athos

**Amtssprache:** Neugriechisch

**Nationalfeiertag:** 25.3.

**Währung:** 1 Drachme (Dr.) = 100 Lepta

**Zeitzone:** MEZ+1 Std.

(neugriechisch Ellas, altgriechisch Hellas, neugriechisch amtlich Elliniki Dimokratia; deutsch Griechische Republik und Hellenische Republik), Staat in SO-Europa, grenzt im NW an Albanien und Makedonien, im N an Bulgarien, im NO an den europäischen Teil der Türkei; im O liegen einige der Ägäischen Inseln dicht vor der asiatischen Küste der Türkei.

**Staat und Recht:** Nach der im März 1986 revidierten Verfassung vom 11.6. 1975 ist Griechenland eine parlamentarische Republik mit präsidentialen Elementen. Staatsoberhaupt ist der vom Parlament auf fünf Jahre gewählte Präsident. Er ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte, ernennt den Ministerpräsidenten sowie auf dessen Vorschlag die übrigen Mitglieder des Kabinetts. Die Exekutive liegt bei der Regierung, die durch Misstrauensvotum des Parlaments gestürzt werden kann. Höchstes Legislativorgan ist das Einkammerparlament, die Nationalversammlung (höchstens 300 Abgeordnete, für vier Jahre gewählt). Einflußreichste Parteien sind die Panhellen. Sozialistische Bewegung (PASOK), die konservativ-liberale Neue Demokratie (ND), die Partei Politischer Frühling (POLA) und die Kommunistische Partei (KKE).

**Bevölkerung:** Rund 95% der Bevölkerung sind Griechen, sonst Angehörige nationaler Minderheiten wie Makedonier, Türken und Pomaken, Albaner, Aromunen, Sarakatsanen (griechischsprachige Bevölkerung aromunischer Herkunft), Bulgaren und Roma. Knapp 98% der Bevölkerung gehören der griechisch-orthodoxen Kirche an; daneben kleinere Gruppen von Muslimen, Katholiken, Protestanten, armenischen Christen, Juden. - Am dichtesten besiedelt sind die Becken- und Küstenlandschaften und einige Inseln. 64% der Einwohner leben in Städten, über ein Drittel der Gesamtbevölkerung in der Region Athen-Piräus. Wichtig sind Emigration und Remigration; bereits vor 1900 hatte die Auswanderung nach Übersee begonnen; über 1 Mio. Menschen verließen seit 1945 als Auswanderer auf Dauer (v.a. in die USA, nach Australien und Kanada) und auf Zeit (Gastarbeiter) das Land.

**Wirtschaft, Verkehr:** Seit 1981 ist Griechenland Vollmitglied der EG. Bergbau und Industrie haben die Landwirtschaft aus ihrer führenden Rolle verdrängt. Nur etwa 22% der Gesamtfläche dienen heute dem Ackerbau (davon 30% mit Bewässerung, 20% mit dichtem Fruchtbaumbestand); etwa 40% werden als Weiden genutzt. Kleinbetriebe herrschen vor

(70% aller Betriebe bewirtschaften weniger als 5ha). Wichtigste Anbauerzeugnisse sind Weizen, Gerste, Mais, Baumwolle, Zuckerrüben, Oliven, Weintrauben (für Wein, Rosinen, Korinthen und als Tafeltrauben), Tabak, Tomaten, Obst (besonders Zitrusfrüchte). Daneben hat die Viehwirtschaft, besonders auf den Bergweiden betrieben, Bedeutung für die Eigenversorgung (Rinder-, Schaf- und Ziegenhaltung).

Die Forstwirtschaft ist wegen geringen Bestands (rund 20% der Fläche tragen Wald und Busch) unbedeutend; fast 90% des Nutzholzbedarfs muß eingeführt werden; Harzgewinnung für die Herstellung von Retsina. Auch die Fischerei (sauerstoffarme Küstengewässer; Überfischung) kann den heimischen Bedarf nicht decken.

#### *Landwirtschaft und Industrie:*

Zu der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte (Konserven-, Textil-, Zuckerfabriken) kamen chemische Industrie (Kunstdüngerherzeugung), Metallindustrie (Stahl- und Aluminiumherzeugung, Nickelerzverhüttung), Schiffbau und Mineralölverarbeitung. Hauptstandorte der Industrie sind der Ballungsraum Athen-Piräus, Saloniki, Patras sowie einige Mittelstädte auf Euböa und in Thessalien.

#### *Handel und Verkehr:*

Der Außenhandel zeigt seit langem einen beträchtlichen Einfuhrüberschuss, zum Teil ausgeglichen durch Erlöse aus dem Fremdenverkehr (1994 11,4 Mio. Touristen) und durch Geldüberweisungen griechischer Gastarbeiter. Importiert werden besonders Erdöl, Maschinen, Fahrzeuge sowie Nahrungsmittel, exportiert Textilien und Bekleidung, Erdölprodukte, Obst, Eisen, Stahl, Aluminium, Tabak. Haupthandelspartner: Deutschland, Italien, Frankreich, Niederlande, Japan, Großbritannien, USA. Griechenland ist eines der bedeutendsten Schiffländer der Erde. Eine große Rolle spielen hier sowohl die Küstenschifffahrt als auch der Überseeverkehr (Deviseneinnahmen). Wichtigste Häfen: Piräus, Saloniki und Volos. Für die Küstenschifffahrt und den Passagierverkehr hat der Kanal von Korinth Bedeutung. Größter internationaler Flughafen ist Athen (Hellenikon).

**Die Geschichte nach dem 2. Weltkrieg:** Im Oktober 1952 trat eine neue Verfassung in Kraft. Griechenland trat der NATO (1974-80 zeitweiliger Austritt) und dem Balkanpakt bei. Am 21. 4. 1967 errichtete eine Gruppe konservativer Offiziere unter Ministerpräsident G. Papadopoulos (1967-73) ein diktatorisches Regime (Ausnahmestand, Massenverhaftungen und -deportationen, Gleichschaltung der Presse, KZ auf Jaros und Leros). Nach einem gescheiterten Gegenputsch (Dez. 1967) Konstantinos II. ging dieser ins Exil. Am 1. 6. 1973 rief Papadopoulos die Republik aus und wurde Staatspräsident (1973). Nach einem unblutigen Putsch gegen ihn (November 1973) übernahm General P. Gissikis die Präsidentschaft (1973/74). Der Fehlschlag eines von Athen aus gelenkten Putsches auf Zypern führte im Juli 1974 zum Zusammenbruch der Militärdiktatur.

**Der demokratische Staat (seit 1974):** Unter Ministerpräsident K. Karamanlis (1974-80; Nachfolger G. Rallis, 1980/81) kehrte Griechenland zum parlamentarisch-demokratischen System zurück; es blieb Republik (Abstimmung vom Dez. 1974). 1975 trat eine neue Verfassung in Kraft. Mit Wirkung vom 1. 1. 1981 trat Griechenland als Vollmitglied der EG bei. Im März 1985 trat Präsident Karamanlis zurück; nach mehreren Wahlgängen wurde Ende März C. Sartzetakis (parteilos) zum neuen Präsidenten gewählt. Die vorgezogenen Wahlen im Juni 1985 bestätigten die PASOK-Regierung unter Ministerpräsident Papandreu im Amt. Ihre

strikten Sparmaßnahmen lösten im Oktober 1985 schwere soziale Unruhen aus. Nach einer Reihe von Krisen beschwor 1988 ein Korruptionsvorwurf gegen Mitglieder der Regierung und die PASOK eine zehnmonatige politische Instabilität herauf; erst nach drei Parlamentswahlen (Juni und November 1989 sowie April 1990) errang die ND eine schmale regierungsfähige Mehrheit. Im Mai 1990 wurde K. Karamanlis zum zweiten Mal zum Staatspräsident gewählt. Die von der ND getragene Regierung unter K. Mitsotakis führte ein Sanierungsprogramm durch. Aus Protest gegen die sozialen Folgen dieser Politik riefen die Gewerkschaften im Spätsommer 1992 einen Generalstreik aus.

Vor diesem Hintergrund errang die PASOK im Oktober 1993 einen Wahlsieg und stellte mit Papandreu, der in einem Prozeß (1992) vor dem Obersten Gerichtshof vom Vorwurf der Bestechung freigesprochen worden war, erneut den Ministerpräsidenten.

Nach dessen Rücktritt (aus Krankheitsgründen) wurde sein Nachfolger als PASOK-Vorsitzender, K. Simitis, im Januar 1996 Ministerpräsident, nach dem Wahlsieg der PASOK im September desselben Jahres wurde er im Amt bestätigt. Seit 1995 ist K. Stephanopoulos Staatspräsident.

In der Außenpolitik belasten der griechisch-türkische Konflikt um Zypern sowie die Kontroverse um die Hoheitsrechte in der Ägäis die Beziehungen beider Staaten. Vor dem Hintergrund der veränderten sicherheitspolitischen Lage in Europa seit Beginn der 1990er-Jahre reduzierte Griechenland, seit November 1992 Mitglied der WEU, seine Streitkräfte um 20% auf nunmehr 160000 Mann. Am 31. 7. 1992 billigte das Parlament den Vertrag von Maastricht. Als Inhaber der EU-Präsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 1994 bemühte sich die griechische Regierung um die Erweiterung der Gemeinschaft. Nach dem Zerfall Jugoslawiens kam es zu einem Konflikt mit der 1991 unabhängig gewordenen früheren jugoslawischen Teilrepublik Makedonien. In der Verwendung des Namens »Makedonien« und bestimmter Staatssymbole (bes. des »Sterns von Vergina«) sah Griechenland - im Blick auf eine gleichnamige Provinz - einen Angriff auf seine territoriale Integrität. Unter dem Vorsitz eines UN-Vermittlers entschärften beide Staaten im September 1995 ihren Konflikt mit einem Normalisierungsvertrag.

**Zusammenfassend** kann man sagen, daß die politische Kultur Griechenlands in vielfacher Hinsicht der anderer mediterraner Länder ähnelt. Jedoch machen sich auch Besonderheiten bemerkbar, die aus drei historischen Daten resultieren: erstens der langwährenden Abhängigkeit von ausländischen Mächten mit der spät errungenen nationalen Unabhängigkeit; zweitens dem von 1946 bis 1949 tobenden Bürgerkrieg; und drittens der Herrschaft der Militärjunta von 1967 bis 1974. Die gesellschaftliche Entwicklung wurde durch die langwährende Beherrschung der Türken geprägt, so daß die Einmischung ausländischer Länder in die inneren Angelegenheiten als so gravierend angesehen wurde und sich daraus eine Art „Volkstradition“ entwickelt hat. Der Bürgerkrieg prägte so stark, daß selbst bis in die Familien die politischen Trennlinien - die eine Seite kommunistisch, die andere national - spürbar waren.

Auch die Arme spielte eine aktive politische Rolle neben Königshaus und Parlament, sie verstand sich sogar nach 1945 nicht nur als Wächter gegen den äußeren, sondern auch gegen den inneren Feind in Form der Kommunisten.

Sehr geschätzt von der griechischen Wahlbevölkerung war das Charisma eines politischen Führers, wie z.B. bei Andreas Papandreu, der viele Skandale aufgrund seiner charismatischen Ausstrahlung unbeschadet überstand. Eine Trendwende im Verhalten gegenüber dem Ausland und insbesondere gegenüber der Europäischen Union war seit Beginn der neunziger Jahre zu beobachten. Früher zählte die PASOK-Regierung zu den eurokritischen Kräften, heute jedoch ist die Zustimmung der Bevölkerung zur EG besonders hoch.

**Der Beitritt in die EU:** Bereits 1959 beantragte Griechenland eine vertragliche Assoziierung bei der EG. Am 9 Juli 1961 wurde dann schließlich der Assoziierungsvertrag zwischen Griechenland und der EG unterzeichnet. Dieser Vertrag war ein so genannter „EWG-Vertrag in vereinfachter Form“ und legte eine Wirtschafts- und Zollunion der EG mit Griechenland fest. Die Assoziierung wurde jedoch während der Militärdiktatur in Griechenland (1967-1974) von Seiten der Gemeinschaft „faktisch suspendiert“, also gestoppt. Nach der Wiederherstellung der Demokratie stellte Griechenland 1975 den Beitrittsantrag, dem aus politischen Gründen stattgegeben wurde. Nachdem am 28. Mai 1979 der Beitrittsvertrag unterzeichnet worden war, wurde Griechenland am 1. Januar 1981 zehnter EG-Mitgliedsstaat. Anfang der achtziger Jahre stellte Papandreou die Zugehörigkeit Griechenlands zur EG noch in Frage, jedoch seit Mitte der achtziger Jahre trat eine Wende ein, die EG erfreute sich überdurchschnittlicher Beliebtheit in Griechenland. Verantwortlich für die deutlich verbesserte Haltung gegenüber der EG/EU sind zwei Faktoren: zum einen hat Griechenland durch die EU-Mitgliedschaft Vorteile und eine gewisse Sicherheit gegenüber der Türkei, die noch immer als Bedrohung angesehen wird. Zum anderen hat Griechenland als Mitgliedstaat umfangreiche finanzielle Vergünstigungen. Nach Portugal ist Griechenland der am meisten begünstigte Mitgliedstaat der EU. In Zukunft stellen sich drei Problemfragen für Griechenland: erstens will man den territorialen Anspruch Griechenlands vor der Türkei wahren, zweitens will man verhindern, daß durch die Osterweiterung die südlichen Mitgliedstaaten zurückfallen, vor allem bei Strukturfondsförderungen und drittens ist man gerade bemüht, überfällige Strukturreformen in Wirtschaft, Verwaltung und sozialem Sicherungssystem durchzusetzen. Die politische Führung Griechenlands strebt derzeit danach, sich von einem reinen „Kohäsionsland“ zu einem Mitgliedstaat zu entwickeln, der die Ziele Kohäsion und Konvergenz gleichermaßen verfolgt.

**Gründe für die EG-Süderweiterung:** Bereits Ende der 70er Jahre begannen die Verhandlungen über den EG-Beitritt von Griechenland, Spanien und Portugal. Diese sogenannte Süderweiterung fand vor allem aus politischen Gründen statt. Man erwartete, daß eine solche Süderweiterung die demokratischen Strukturen in den Beitrittsländern nach dem Ende der diktatorischen Regime sichern werde. Desweiteren erhoffte man eine außen- und sicherheitspolitische Stabilisierung des Mittelmeerraums durch die Einbeziehung der südeuropäischen Randländer („Südflanke“ der NATO). Schließlich hoffte man, daß die Süderweiterung und die damit verbundene EG-Mitgliedschaft mittelfristig die für diese Stabilisierung erforderlichen politisch-gesellschaftlichen und ökonomischen Grundlagen fördern werde. Diese Ziele waren teils schwer erreichbar, da diese Beitrittsländer ein weit niedrigeres wirtschaftliches und soziales Entwicklungsniveau hatten. Man einigte sich auf mehrjährige Übergangsregelungen. Der strukturelle Anpassungsprozeß sollte auch durch beträchtliche Finanzmittel der Gemeinschaft erleichtert werden.

**Geplanter Beitritt in die Währungsunion:** Griechenland will als nächstes EU-Mitgliedsland der Währungsunion beitreten. Bereits in der Vorbereitungsphase auf den Antrag zur Euro- Teilnahme stellte die Entwicklung der Verbraucherpreise die größte Gefahr zur Verfehlung der Konvergenzkriterien dar. Um den angestrebten Wert - maximal 1%punkt über dem 12 Monats-Durchschnitt der Inflationsrate der drei preisstabilsten Euro-Länder - zu erreichen, wurden mit einigen Handels- und Industrieunternehmen informelle Übereinkommen getroffen, die auf das Unterlassen von Preiserhöhungen aus waren. Über den längerfristigen Verlauf der Preisentwicklung wird vor allem die weitere Lohnpolitik und die Preisdisziplin der Unternehmen entscheiden. Nach positivem Konvergenzbericht durch die EU-Kommission und einem etwas kritischeren aber nicht ablehnenden Bericht der EZB, hat das Europäische Parlament und der Ecofin (Rat der Finanzminister) dem Beitrittsgesuch

Griechenlands zugestimmt, so daß Griechenland voraussichtlich ab 2001 als Mitglied der Währungsunion gilt. Diese Aufnahme in den Euro muß als weitere Bewährungsprobe für Griechenland betrachtet werden.

**Graphik** mit Prognosen für die Zukunft:

<i>Konjunktur- und Fiskaldaten 2001e</i>	<i>1998</i>	<i>1999</i>	<i>2000e</i>	
BIP real (%)	+3,7	+3,3	+3,8	+4,2
Investitionen (%)	+9,8	+8,8	+9,8	+10,5
Privater Konsum (%)	+1,8	+2,3	+2,5	+2,8
Exporte (%)	+7,0	+4,5	+6,2	+6,7
Importe (%)	+4,9	+5,8	+5,8	+6,1
Leistungsbilanz in % des BIP	-3,0	-3,3	-3,1	-3,3
Harmon. Verbraucherpreisindex (%)	+4,8	+2,7	+3,1	+3,5
Arbeitslosenrate (%)	11,2	11,5	11,2	10,8
Budgetsaldo in % des BIP	-3,1	-1,6	-1,3	-1,1
Gesamtverschuldung % des BIP	105,4	104,4	103,7	102

Quelle: Eurostat, Datastream, eigene Schätzungen

**Starkes Wirtschaftswachstum:** Griechenlands Wirtschaftswachstum wird auch in den nächsten Jahren höchstwahrscheinlich über dem EU-Durchschnitt liegen. Starke private Nachfrage und der seit Jahren anhaltende Investitionsboom lassen eine reale Zunahme des BIP um nahezu 4% erwarten. Aufgrund der bevorstehenden Lockerung der Geldpolitik und der angekündigten Steuererleichterungen dürfte dieser Wert 2001 sogar überschritten werden.

Quellen und verwendete Literatur:

1. „Europa-Handbuch“ Band 359; Werner Weidenfeld (Hrsg.)
2. „Europa 2000 - Die wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung der Europäischen Union“; Helmut Trost (Hrsg.)
3. „Encarta“ CD-ROM
4. <file:///C:/priv/griech/html/Griechenland%20VI.htm> (unbrauchbare Angabe!)
5. <http://treasury.erstebank.at/anl/weirema/gr/gr-seite.html>